

Torsten W. Remmerbach
Chefredakteur Oralchirurgie Journal



Die Würfel sind gefallen

Am 25. September 2021 waren 20,4 Millionen Wahlberechtigte aufgefordert, den 20. Deutschen Bundestag zu wählen. Das Ergebnis ist ausgesprochen knapp ausgefallen, wie sich die Regierungsgespräche entwickeln werden, ist zum aktuellen Zeitpunkt noch offen. Klar ist jedoch, dass die Wählerinnen und Wähler einem Rot-Rot-Grün-Regierungsbündnis eine klare Absage erteilt haben, und damit sind auch die Träumereien einer Bürgerversicherung hoffentlich vom Tisch – zumindest, solange eine Beteiligung der Freien Demokraten sicher ist. Somit bleibt es bei einer Zweiklassen-Krankenversicherung, die nicht unbedingt gleichzeitig mit einer Zweiklassenmedizin einhergeht. Die Befürworter einer Bürgerversicherung argumentieren, dass Privatkrankenversicherte dem Solidarsystem immens viel Geld entziehen würden. So hat die Bertelsmann Stiftung ermittelt, dass durch die PKV insgesamt 9 Mrd. EUR dem Solidarsystem entzogen werden. Die Stiftungsleute aus Gütersloh rechnen vor, dass das deutsche Gesundheitssystem jährlich 145 EUR/Versicherten billiger werden könnte, wenn alle in die gesetzliche Versicherung einzahlen würden. Die Bertelsmann Stiftung geht sogar so weit, zu behaupten, dass eine stabile Gesundheit nicht nur

von der genetischen Ausstattung des Individuums und dessen soliden Lebensstils, sondern auch von der bevorzugten ärztlichen Behandlung als Privatpatient zurückgeht. Es wird polemisiert, dass der Beitragssatz der Gesetzlichen um 0,6 Prozentpunkte abgesenkt werden könnte, wenn alle verpflichtende Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse wären. Damit könnte jeder jährlich circa 145 EUR einsparen. Dieses Einsparpotenzial ergibt sich sowieso nur auf dem Papier der Gütersloher Rechenkünstler. Denn die Ärzte werden sicherlich nicht auf den zusätzlichen Umsatz verzichten, den die Privatpatienten in die Kasse der Ärzte spülen. Würde man diesen Einkommensverlust ausgleichen, schrumpfte also die proklamierte Beitragssenkung von 0,6 auf 0,2 Prozentpunkte, von denen natürlich die Hälfte vom Arbeitgeber übernommen wird und somit nur die Hälfte von den Arbeitnehmern tatsächlich im Portemonnaie ankommt. Und die Bertelsmann(wichtel)männer rechnen weiter, dass bei einem durchschnittlichen Beitragssatz von 308 EUR im Monat tatsächlich der Einzelne 4 EUR einspart, was sich am Ende auf immerhin 48 EUR jährlich aufsummiert.

Es bleibt abzuwarten, wofür sich die SPD unter Führung von Karl Lauterbach

entscheiden wird, der seit Jahren für die Bürgerversicherung trommelt (hier warnt er mal nicht). Interessanterweise ist die Kopplung der Beiträge an das Einkommen in Deutschland historisch begründet, dafür gibt es gewissermaßen keine sachliche Grundlage. Zu diskutieren wäre eine einkommensunabhängige Kopfpauschale für alle, aber leider ist dieser Begriff nicht massentauglich, und außerdem hört sich „Bürgerversicherung“ irgendwie viel solidarischer an.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die neu zu bildende Regierungskoalition überhaupt an eine Reform des Gesundheitssystems heranwagt, zumindest spielte das Thema im Wahlkampf keine Rolle.

[Infos zum Autor]



Ihr
Torsten Remmerbach